

Wirtschaftspolitik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mitrex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **89 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

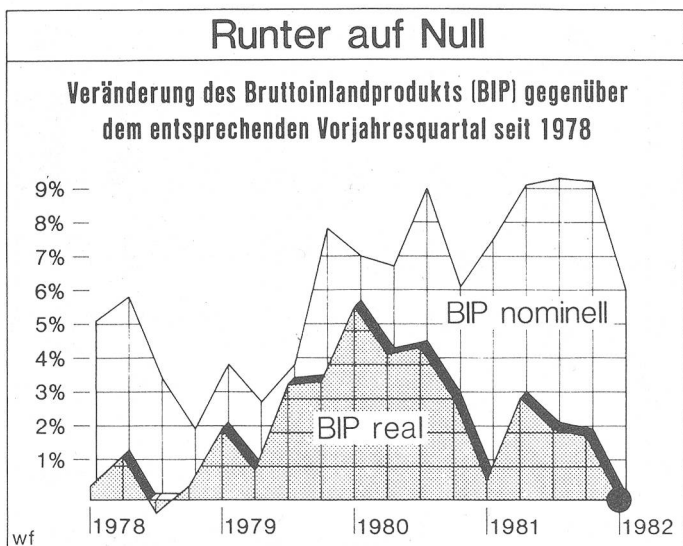
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

che Verbrauchsentwicklung der einzelnen Energieträger ist auf die fortgesetzten Bestrebungen zurückzuführen, Heizöl durch Gas, Kohle, Holz und Elektrizität zu substituieren. Als Gründe für die erneute Zunahme des Treibstoffverbrauchs sind in erster Linie der erhöhte Motorfahrzeugbestand und die Intensivierung des Fremdenverkehrs zu nennen.

Der Endverbrauch einiger wichtiger Energieträger hat sich 1981 im Vergleich wie folgt entwickelt: Heizöl extra-leicht (Haushalte): -5,9%; Heizöl mittel und schwer (Industrie): -21,4%; Autobenzin: +3,9%; Dieselöl: +0,5%; Elektrizität: +2,7%; Gas: +9,9%; Kohle: +47,5%.

Flora Press
6000 Luzern

Eindeutiger Abwärtstrend



Zur Aussage, dass das schweizerische Wirtschaftsjahr 1982 deutlich schlechter sein wird als die vergangenen Jahre, braucht es unterdessen keinerlei Prognose mehr: Die ersten Spuren des weiter nachlassenden Wachstums sind bereits statistisch feststellbar. Zwar bewegen wir uns in bezug auf den nominellen Wert des Bruttoinlandprodukts (das um die Nettokapital- und -arbeitseinkommen aus dem Ausland korrigierte Brutto-sozialprodukt) nach wie vor in ansprechenden Grössenordnungen. Besser als an diese inflationär verzerrten Werte hält man sich jedoch an die preisbereinigten Zahlen, und hier hält das Bundesamt für Statistik im 1. Quartal 1982 erstmals seit dreieinhalb Jahren wieder ein «Nullwachstum» fest (Vergleich zum Vorjahresquartal). Nicht nur, dass der Privatkonsum mit -1,4% deutlich in den Minusbereich abgerutscht ist; auch die Anlageinvestitionen als eine der bisherigen Konjunkturstützen weisen für Januar bis März des laufenden Jahres zum ersten Mal seit langem eine negative Veränderungsrate von -1,2% aus (Bau 0,0%; Ausrüstungen -2,5%).

Wirtschaftspolitik

Weshalb ist das Wirtschaftswachstum so sehr zurückgegangen?

Man weiss, dass seit Beginn der 70er Jahre die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandproduktes in den allermeisten Ländern eine ziemlich deutliche Reduktion erfahren hat. Diese Erscheinung ist erklärungsbedürftig. Ihre Ursache wird in der Regel in Verbindung gebracht mit der drastischen Verteuerung des Erdöls und später auch anderer Energieträger. Sie bewirkte, dass jene Steigerung der Arbeitsergiebigkeit nachliess, die vorher auf den vermehrten Einsatz von Energieträgern zurückzuführen gewesen war. Andere Hypothesen machen darauf aufmerksam, dass bei den «langen Wellen der Konjunktur» wieder einmal eine Abflachung fällig war; dahinter wird ein Nachlassen jener Impulse vermutet, die aus der kommerziellen Auswertung grundlegender Durchbrüche und technischer Fortschritte zu resultieren pflegen.

Bei näherem Zusehen stellt sich indessen heraus, dass noch eine ganze Reihe von Faktoren zu nennen ist, die sich im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren geändert haben. Sie sollen Gegenstand der folgenden Darlegungen sein.

Einkommensverteilung, Fiskalbelastung und Zinssätze

Eine erste Gruppe von Elementen bezieht sich darauf, dass der Wohlfahrtsstaat überall fühlbar ausgebaut wurde. Dies hatte zur Folge, dass die sogenannten Transfereinkommen im Rahmen des Staatshaushaltes eine überragende Bedeutung erlangten, dass der Verteilungsschlüssel für das Volkseinkommen sich zugunsten der unteren Einkommensschichten verschob und dass die Belastung der Wohlhabenderen und der Unternehmungen mit Fiskalabgaben und Nebenleistungen aller Art sich erhöhte. Was demgegenüber schrumpfte, war die Selbstfinanzierungskraft der Firmen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen und zu finanzieren und damit die Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Was resultierte, war vermehrte Beschäftigungslosigkeit und die Notwendigkeit, Arbeitslosenunterstützungen auszubehalten.

Gleichzeitig liess die Spartätigkeit der Haushalte nach, sei es, weil die oberen Einkommensklassen nach Abzug der Steuern und Prämien weniger sparen konnten, sei es, weil die Empfänger der Sozialleistungen angesichts ihrer ausgeprägteren Sicherung gegenüber den finanziellen Folgen von Alter, Krankheit oder Unfall weniger Anlass verspürten, auf eigene Faust Vorsorge zu treffen. Die Staatshaushalte ihrerseits gerieten immer mehr in rote Zahlen. Sie sahen sich genötigt, die Fehlbeträge durch Verschuldung am Kreditmarkt aufzubringen. Dies wiederum bedeutete eine zusätzliche und massive Nachfrage. Sie trieb die Zinssätze in die Höhe und erschwerte das Leben der Unternehmungen, da für sie entsprechend weniger Mittel erhältlich waren oder zumindest die Kapitalkosten anzogen. Investitionsprojek-

te, die bei niedrigeren Zinsen noch hätten durchgeführt werden können, mussten gestrichen werden. Die inflationsfreie Finanzierung ihres vergrösserten und modernisierten Produktionsapparates wurde beeinträchtigt – und mit ihr die Wachstumsrate.

Inflation und Inflationsbekämpfung

Die Inflationsrate verzeichnete einen trendmässigen Anstieg auf immer höhere Niveaus. Erfahrungsgemäss ist nun aber die Geldentwertung verknüpft mit einer schlechteren Allokation der Produktionsfaktoren auf ihre verschiedenen Verwendungen. Dies rührt teilweise davon her, dass das Rechnungswesen an Aussagefähigkeit verliert, dass also sowohl Scheingewinne als auch Scheinverluste entstehen. Teilweise stellt sich auch eine Flucht in die Sachwerte ein, die ihrerseits Fehlinvestitionen gleichkommt. Teilweise lassen sich schliesslich die Gewinnaussichten für die Zukunft nur mit grösseren Fehlergrenzen ermitteln. Arbeitskräfte und Kapitalien werden daher häufig in falsche Richtungen gelenkt.

Eigenartigerweise führt aber auch die Politik der Inflationsbekämpfung zu einem verlangsamten Wirtschaftswachstum. Dies ist leicht zu verstehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Hauptlast bei der Lösung dieser Aufgabe von der restriktiven Geld- und Kreditpolitik getragen werden muss, da der Fiskus daran praktisch nicht mitwirkt. Wird die Geldschöpfung gedrosselt, so geht dies indessen nicht ab ohne höhere Kapitalkosten und eine Kürzung der Investitionen. Sollte es gar zu einer «stop-go-Politik» kommen, so wird dadurch die Zukunftsungewissheit verstärkt und das Disponieren auf lange Frist nahezu verunmöglicht; ähnliches gilt für das abwechselnde Verstaatlichen und Reprivatisieren von Unternehmungen und ganzen Produktionszweigen. Jedenfalls hat die Teuerungsbekämpfung heutzutage einen recht hohen Preis in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Betriebsschliessungen und Wachstumseinbussen.

Sättigung und Pillenknick

Wenn zahlreiche Märkte dauerhafter Konsumgüter mehr oder minder «gesättigt» sind, ist dies begreiflicherweise dazu angetan, die Absatzaussichten düsterer zu gestalten. Ist nämlich der Grossteil der Haushalte bereits mit Radio- und Fernsehapparaten, mit Staubsaugern und Tiefkühltruhen, mit Automobilen und Waschmaschinen versehen, so geht der Neubedarf zurück, und es bleibt fast nur noch der Ersatzbedarf zu decken – der natürlich ungleich kleiner ist als die frühere Summe von Neubedarf und Ersatzbedarf. Gewiss mag dies im Prinzip aufgewogen werden dadurch, dass Innovationen in das Stadium der Massenfabrikation gelangen. Dies scheint jedoch in der jüngeren Vergangenheit – abgesehen etwa von Videogeräten – nur in beschränktem Masse der Fall gewesen zu sein.

Hinzu kommt, dass sich seit 1964 der «Pillenknick» bei der Bevölkerungsvermehrung bemerkbar macht. Einwanderungen oder Bevölkerungsvermehrungen erfordern demographisch bedingte Investitionen, die pro Person ganz beträchtliche Grössenordnungen annehmen: Wohnungen und Schulen, Krankenhäuser und Verkehrsanlagen, Arbeitsplätze mit Gebäuden und Maschinen, mit Fahrzeugen und Vorräten. Bei einer stagnierenden Bevölkerung fallen dagegen diese (zusätzlichen) Aufwendungen mehr oder minder dahin. Gewiss ist ander-

seits der Anteil derjenigen, die ins Erwerbsleben übertreten, bis etwa Mitte der 80er Jahre noch verhältnismässig gross; den hohen Ausbildungskosten stehen indessen noch keine Erträge gegenüber. Die zunehmende «Überalterung» umgekehrt bringt eine wachsende Versorgungslast für die aktive Generation mit sich.

Struktureffekt und abnehmender Ertrag bei der Forschung

Bekanntlich wendet sich ein immer grösserer Teil der Arbeitskräfte dem tertiären Sektor der Dienstleistungen zu. In diesem Zusammenhang wird nun behauptet, dass die Arbeitsproduktivität in diesem Bereich niedriger sei als bei der Güterverarbeitung oder dass sie sich zumindest weniger steigern lasse. Diese These muss jedoch mit Fragezeichen versehen werden, ist doch sonst nicht ohne weiteres zu verstehen, weshalb ein solcher Struktureffekt stattfindet. Nur bleibt zu beachten, dass es bei den Dienstleistungen in erster Linie die Wertproduktivität und nicht die physische oder technische Arbeitsergiebigkeit ist, die zunimmt. Diese aber beruht vor allem darauf, dass der Preis der Erzeugnisse oder Leistungen heraufgesetzt werden kann und dass die Verbraucher bereit sind, die Verteuerungen zu schlucken.

Auch der Hinweis darauf erscheint etwas zweifelhaft, wonach die Forschung dem Gesetz des abnehmenden Ertrages unterliegt. Sicherlich sind beispielsweise bei Wärmekraftmaschinen jene Grenzen annähernd erreicht, die durch die Naturgesetze gesteckt sind; eine weitere Steigerung der Effizienz erfordert daher überproportionale Aufwendungen. Dem steht jedoch die Tatsache gegenüber, dass die «Revolution im Büro» erst noch bevorsteht, hatte sich doch die bisherige Produktivitätssteigerung zur Hauptsache auf die Erzeugungsverfahren und die «Werkbank» konzentriert, während in der Administration – und damit auch bei der öffentlichen Hand – noch ein ungedeckter Nachholbedarf zu bewältigen ist.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber

In bezug auf das Verhalten der Arbeitnehmer steht im grossen und ganzen ausser Zweifel, dass sowohl die Arbeitsfreude als auch der Leistungswille eher zurückging. Verstärkt hat sich demgegenüber die Opposition gegen die Leistungsgesellschaft und ihre Normen. Zu verzeichnen ist eine gewisse Flucht in die Freizeit, hervorgerufen durch die wachsende marginale Belastung mit Steuern und Sozialabgaben, durch eine Höhererschätzung der Autonomie und die nachlassende Wirksamkeit der «incentives», durch eine Verlagerung der Interessen weg von den ökonomischen zu den ausserökonomischen Werten, durch geringere Identifikation mit Betrieb, Unternehmung und Geldverdienen.

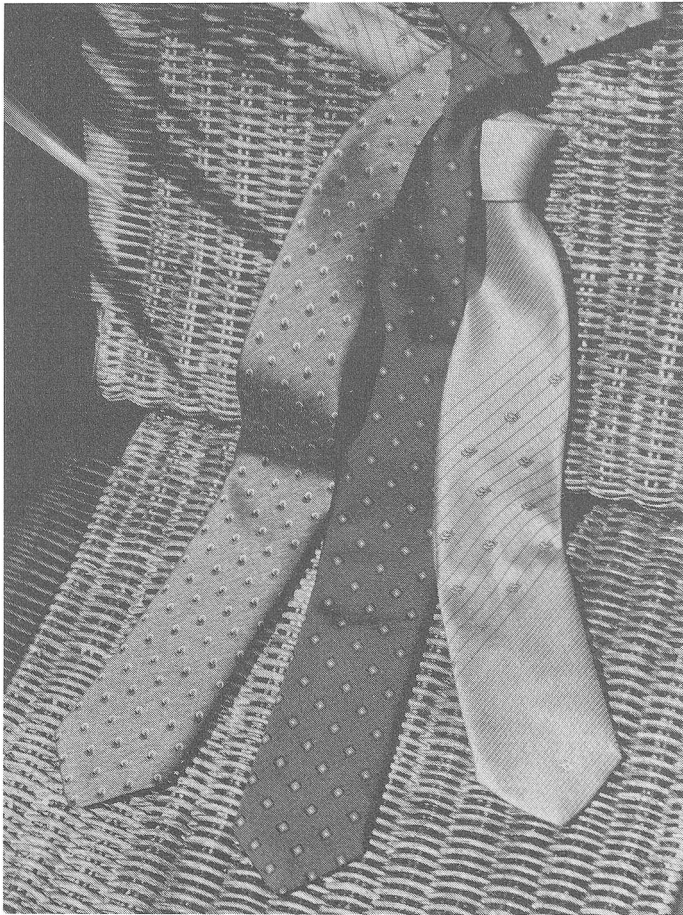
Hinsichtlich des Verhaltens der Arbeitgeber ist in Betracht zu ziehen, dass die zentrale Figur der Marktwirtschaft, nämlich der Unternehmer (genau so wie der Unternehmungsgewinn), in zunehmendem Masse verketzert und verteufelt wurde. Sein Sozialprestige sank, und dies förderte vermutlich die Tendenz eines Rückganges in der Qualifikation der Führungskräfte. Sie wurden überdies durch den sich verstärkenden «Papier-

krieg» immer mehr belastet. Statt sich den innerbetrieblichen Angelegenheiten zu widmen, hatten sie einen wachsenden Teil ihrer kostbaren und knappen Zeit und Kraft dafür einzusetzen, Bewilligungen zu erlangen, bei den Behörden vorzusprechen, sich mit neu erlassenen rechtlichen Vorschriften vertraut zu machen, statistische Formulare auszufüllen usw. Von den erzielten Erlösen war ein grösserer Prozentsatz für die Deckung des

administrativen Aufwandes einzusetzen. Unter solchen Umständen verwundert es nicht, dass die Eröffnung neuer Betriebe vielerorts zu wünschen übrig liess und dass die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze gefährdet wurde. Kurz: Für die Erklärung des geringeren Wirtschaftswachstums gibt es eine Fülle von Gründen.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Mode



Tersuisse-Krawatten – pflegeleicht und knitterarm mit typischen Krawatten-Dessins in Allover- und Bordürenanordnung.

Modelle: Hofmann & Co., CH-8057 Zürich
Foto: Stephan Hanslin, Zürich



Reinseidene Taftbluse mit Spitze, dazu Hosenjupe mit Ledersattel und grossem Tuch. Beides aus Woll-Carreau mit Golddruck (Léro Paris)
Gassmann, Zürich, Kollektion Herbst 1982